



HESSISCHER LANDTAG

14. 05. 2013

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP betreffend "steinreiches" Hessen - Rohstoffsicherheit in Hessen nicht gefährden

1. Der Landtag stellt fest, dass Hessens Wirtschaft im internationalen Wettbewerb erfolgreich agiert und sehr gut aufgestellt ist. Das Wachstum lag auch im vergangenen Jahr über dem Bundesdurchschnitt und für 2013 hat das Statistische Landesamt wieder eine überdurchschnittliche Zunahme der Wirtschaftsleistung prognostiziert. Dabei ist neben dem starken Finanz- und Dienstleistungssektor und dem Handwerk auch die industrielle Produktion in Hessen stark verankert. Diese Entwicklung ist ein eindrucksvoller Beleg für die Wirtschaftskraft und die Standortqualität.
2. Der Landtag stellt weiterhin fest, dass die Verfügbarkeit und umweltschonende Gewinnung von Rohstoffen ein Schlüssel für eine erfolgreiche Wirtschafts- und Industriepolitik sind. Um die Rohstoffversorgung sicherzustellen, bedarf es daher eines Dreiklangs von Maßnahmen: die Sicherung der heimischen Rohstoffe, die Sicherung von internationalen Importmärkten und eine bessere Ressourceneffizienz.
3. Mit 200.000 Beschäftigten in 6.000 Betrieben bundesweit ist die deutsche Rohstoffindustrie ein wichtiger Stützpfeiler der Volkswirtschaft. Rechnet man die gesamte Wertstoffkette bis zum fertigen Produkt hinzu, arbeiten in Deutschland sechs Millionen Menschen in diesem Industriezweig. Ein erheblicher Teil davon auch in Hessen.
4. Der Landtag begrüßt, dass Hessen auf diese Weise einen Großteil seines Rohstoffbedarfs selbst decken kann. So werden auch Transportkosten eingespart und Umweltbelastungen vermieden. Vor allem Baustoffe wie Kies, Sand, Ton, Gips und Kalk werden in Hessen abgebaut. Kali- und Steinsalze sind sogar von so guter Qualität, dass sie international gefragt sind.
5. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass die hessischen Unternehmen die Entwicklung von Rohstoff- und Energiepreisen als hohes Risiko sehen. Eine zusätzliche Abgabe auf Rohstoffe, wie die von den Grünen geplante Kies- und Sandsteuer, lehnt der Landtag ab. Eine solche Verteuerung würde vor allem die Baupreise erhöhen und damit die Bürgerinnen und Bürger und die hessischen Kommunen teuer zu stehen kommen. Auch der soziale Wohnungsbau würde sich entsprechend verteuern. Damit laufen die Pläne der Grünen auch dem Ziel der Wohnbauförderung entgegen.
6. Der Landtag bittet die Landesregierung, weiterhin der Sicherung der Rohstoffversorgung hohe Priorität beizumessen, ohne dabei umweltrechtliche Belange außer Acht zu lassen. Dies gilt auch im Hinblick auf die Entbürokratisierung von Genehmigungsverfahren.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 14. Mai 2013

Für die Fraktion der CDU
Der Parl. Geschäftsführer:
Bellino

Für die Fraktion der FDP
Der Fraktionsvorsitzende:
Greilich